

## Ökonomie ist Sozialwissenschaft

### Faszinierende Anwendungen eines neuen Denkens

Von Bruno S. Frey

*Nationalökonomie wird gemeinhin als die Wissenschaft von der Wirtschaft bezeichnet. Diese Aussage scheint selbstverständlich; was könnte sie denn anderes sein? In den letzten Jahren zeichnet sich jedoch ein Wandel ab, der diese Charakterisierung grundlegend in Frage stellt: Wie der Autor und Inhaber eines Lehrstuhls für Theorie der Wirtschaftspolitik im letzten Beitrag aus der «Werkstatt» des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich (IEW) zeigt, wird Ökonomik immer stärker als ein Ansatz zur Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und somit aller Aspekte des sozialen Lebens verstanden (vgl. NZZ Nrn. 127, 134, 140 und 146). (Red.)*

Die Ökonomik als eine spezifische Denkmethode stellt gesellschaftliche Probleme und deren Lösung in den Vordergrund. Nicht die (vermeintlich) exakten Naturwissenschaften werden nachgeahmt, sondern es werden neue Formen der Interdisziplinarität mit den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen gesucht. Der ökonomische Ansatz wird auf Gebiete und Fragestellungen angewandt, die bisher anderen Sozialwissenschaften vorbehalten waren, wie etwa auf Kriminalität, Drogen, Familie (Heirat, Scheidung) oder Sport. Danach reagieren Menschen systematisch auf Änderungen von Anreizen. Im Vordergrund steht das verallgemeinerte Nachfragegesetz, wonach Personen eine vergleichsweise teurer werdende Aktivität weniger unternehmen oder entsprechende Güter weniger kaufen und konsumieren. Dieser Rationalansatz, der mit dem *homo oeconomicus* identifiziert wird, wird dabei nicht imperialistisch durchgesetzt, sondern soll im Wettbewerb zu anderen Ansätzen wie der Systemtheorie oder der Evolutionstheorie stehen.

#### Neue Einsichten für die Wirtschaftspolitik

Mit der Anwendung dieses Ansatzes lässt sich etwa der Hauptgrund für das Scheitern der herkömmlichen Analyse der Wirtschaftspolitik aufzeigen. Letztere kann als «technokratisch-elitär» bezeichnet werden, insofern man bei ihr die (empirisch nicht bestimmbare) «gesellschaftliche Wohlfahrt» unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Beschränkungen maximiert und damit den optimalen Instrumenteneinsatz ableitet. Das alternative Programm einer Ökonomie als Denkmethode legt eine andere Betrachtung nahe. Wirtschaftspolitik wird als *Prozess* verstanden, bei dem wirtschaftliche und politische Kräfte zusammenspielen. In diesen weitgehend geschlossenen Prozess lässt sich nur beschränkt eingreifen. Zukunftsorientiert, d. h. hinter dem Schleier der Ungewissheit, lassen sich Regeln für die Allokation und Verteilung der Ressourcen festlegen, etwa inwiefern das Preissystem (der Markt) eingesetzt wird oder Entscheidungen mittels staatlicher Administration oder demokratischer Verfahren getroffen werden sollen. Sind die Regeln einmal festgelegt, sind nur begrenzt wirtschaftspolitische Eingriffsmöglichkeiten vorhanden, weil alle Handlungsträger, besonders die Lobbies, ihre Interessen kennen und verfolgen. Aus diesen Überlegungen wird deutlich, wie eng die Theorie der Wirtschaftspolitik mit der modernen politischen Ökonomie verknüpft ist.

Die *ökonomische Theorie der Politik* leistet wichtige Einsichten zum Verständnis der Wirklichkeit. In den «politisch-ökonomischen Gesamtmodellen» werden ökonometrische Modelle der Wirtschaft um den unerlässlichen Staatssektor und einer ihren Eigennutz verfolgenden Regierung erweitert. Besonders vor Wahlen schaffen Politiker zur Sicherung ihrer Wiederwahl bewusst «politische Konjunkturzyklen». Anders als in der keynesianischen Konjunkturpolitik stabilisiert der Staat in diesem Falle die wirtschaftlichen Ausschläge nicht, sondern erzeugt sie. Die politische Ökonomie erlaubt auch eine neue Sicht der direkten Demokratie und des Föderalismus. Ein Vergleich über Kantone und Städte erlaubt, die Wirkung unterschiedlicher staatlicher Institutionen mit Hilfe ökonometrischer Methoden zu erfassen. Empirische Ergebnisse weisen darauf hin, dass Gebietskörperschaften mit stärker ausgebildeten Institutionen der direkten Demokratie (Referenden, Initiativen) staatliche Güter und Dienstleistungen anbieten, die den Wünschen (Präferenzen) der Bürger besser entsprechen als in stärker repräsentativ ausgebildeten Einheiten. Darüber hinaus werden diese staatlichen Leistungen effizienter (kostengünstiger) angeboten, und die durchschnittliche Steuerbelastung ist geringer.

#### Anregungen zum Aufbau Europas

Diese quantitativ erhärteten Erkenntnisse erlauben aus schweizerischer Sicht, einen Beitrag zur zukünftigen Europäischen Verfassung zu leisten. Bekanntlich weisen die heutigen Institutionen der Europäischen Union (EU) ein erhebliches *Demokratiedefizit* auf. Die vorherrschenden Verbesserungsvorschläge versuchen diesem Mangel durch einen Ausbau des Europäischen Parlaments und/oder des Europäischen Gerichtshofes zu begegnen. Auf Grund der Analyse für die Schweiz drängt sich eine andere Lösung auf. Die Europäische Verfassung sollte auf allen Ebenen direktdemokratische Entscheidungen vorsehen. Volksabstimmungen können für die EU als Ganzes möglicherweise mit einem Nationenmehr zum Schutz der kleinen Länder stattfinden. Um diese Ideen sinnvoll propagieren und den üblichen Gegeneinwänden (vor allem der Behauptung, die Bürger seien uninformiert und überfordert) begegnen zu können, genügen nicht juristische oder politologische Argumente, sondern dazu sind auch die empirischen Analysen der politischen Ökonomie erforderlich.

### Eintauchen in die Welt der Kunst

Eine noch weitgehend unbekannte, aber besonders faszinierende Anwendung der ökonomischen Denkweise geschieht im Bereich der Kunst. Offensichtlich bestehen enge Verbindungen zwischen dem kulturellen und dem wirtschaftlichen Bereich, der die für die künstlerischen Tätigkeiten notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen muss. Grosses Interesse findet etwa die Frage, inwieweit sich Investitionen in den Kauf von Kunstwerken lohnen. Manche Finanzberater versteigen sich zur Behauptung, die entsprechenden Renditen seien phänomenal, was durch den Boom in den Bilderpreisen in den späten 80er Jahren genährt wurde. Allerdings ist seither ein Preiszerfall zu beobachten. So kommt eine Übersicht über die bisher durchgeführten ernstzunehmenden Studien zum Schluss, dass die finanziellen Renditen von Kunstwerken *weniger hoch* als diejenigen von Finanzaktiva sind. Kunstkäufe sind überdies riskanter. Dieses Ergebnis kann einen Ökonomen nicht überraschen: Selbst bei gleichem Risiko muss im Gleichgewicht die Kunstrendite geringer sein, weil der Besitzer auch eine psychische Rendite in Form des Kunstgenusses bezieht.

Neben manchen anderen Bereichen der Kunst, in denen finanzielle Aspekte wichtig sind (z. B. staatliche Subventionierung und Sponsoring), gibt es Aspekte der Kunst, bei denen die Beziehung zur Nationalökonomie (zumindest für wirtschaftswissenschaftliche Laien) weniger offensichtlich ist. Dazu gehört der *Effizienzvergleich* von privaten und öffentlichen Kunstinstitutionen, etwa Theatern, Opernhäusern und Museen. Mit Hilfe des ökonomischen Denkansatzes lassen sich wichtige Unterschiede im Verhalten erklären, wie die grundsätzliche Weigerung der Direktoren staatlicher Kunstmuseen, Teile ihrer Sammlung zu verkaufen oder ihre Einnahmen mittels kommerzieller Tätigkeiten (attraktive Restaurants und Museumsboutiquen) energisch zu steigern.

### Suche nach Inspirationen

Die Anwendung des ökonomischen Verhaltensmodells auf neue Gebiete hat zweifellos beachtliche Einsichten geliefert und hat die praktische Wirtschaftspolitik wesentlich befruchtet. Gleichzeitig hat dieser Erfolg auch die *Grenzen des ökonomischen Ansatzes* deutlich gemacht. Als nächster Schritt erscheint es vordringlich, sich durch die anderen Sozialwissenschaften inspirieren zu lassen. Deren Erkenntnisse können durchaus aufgenommen werden, ohne dass das ökonomische Verhaltensmodell aufgegeben werden müsste. Ein wichtiges Gebiet betrifft die Verhaltensanomalien, d. h. die systematischen Abweichungen vom Modell rationalen Verhaltens, insbesondere von der Maximierung des Erwartungsnutzens. Mit Hilfe sorgfältiger Laborexperimente und Feldbeobachtungen ist nachgewiesen worden, dass Verhaltensanomalien trotz dem unter Wettbewerbsbedingungen angenommenen Eliminationsdruck selbst auf dem perfektsten aller Märkte, dem Finanzmarkt, überleben. Bisher sind diese Erscheinungen jedoch unzureichend in die Ökonomik eingeführt worden. Die sich mit der Weiterentwicklung des ökonomischen Verhal-

tenmodells beschäftigenden Ökonomen verwenden heute vermehrt *Experimente*, wie sie in der Psychologie schon lange üblich sind. Auf diese Weise erhält insbesondere die Spieltheorie empirischen Gehalt. So zeigen Experimente, dass einige der Voraussagen der Spieltheorie weit von der Realität abweichen. In gewissen Situationen (einmaliges Gefangenens-Dilemma-Spiel) wird von der orthodoxen Theorie vorausgesagt, dass niemand kooperiert. Entsprechend wird davon ausgegangen, dass sich alle Beteiligten vor einem Beitrag zu einem öffentlichen Gut drücken und sich als Trittbrettfahrer verhalten. In einem Experiment mit Gruppen von vier anonymen Personen zeigten sich demgegenüber 12% der Beteiligten kooperativ (obwohl ein Trittbrettfahren grosse Vorteile gebracht hätte). Kennen sich die Gruppenmitglieder vom Sehen, steigt die Kooperationsquote auf das Doppelte (23%). Können die Mitglieder miteinander sprechen, bevor sie sich (völlig isoliert) entscheiden, kooperieren sogar 78% der Mitglieder.

Unter ganz bestimmten Bedingungen verhalten sich Menschen nicht gemäss den Vorstellungen der orthodoxen Ökonomie und der Spieltheorie, sondern wägen zwischen den Vorteilen der individuellen Einkommensmaximierung – dem Trittbrettfahren – und dem Befolgen von Normen – der Kooperation – ab. Gegenwärtig bemühen wir uns, herauszufinden, unter welchen Bedingungen Personen in der Wirklichkeit tatsächlich kooperativ handeln und wann sie «Trittbrett fahren». Die Übertragung experimenteller Ergebnisse auf wirtschaftspolitische Fragestellungen stellt einen Versuch dar, eine Brücke zwischen den drei *«Wissensinseln»* – der theoretisch, der experimentell und der empirisch orientierten Ökonomie – zu schlagen. Das in der Ökonomik zugrundegelegte Menschenbild wird dadurch vielfältiger, vermag die Wirklichkeit besser zu erfassen und neue Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Probleme aufzuzeigen.